



Stellungnahme der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V.

im Rahmen der Werkstattgespräche des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zu einer Industriestrategie im Februar und März 2023

Handlungsfelder einer Industriestrategie

Berlin, 10.2.2023

Kontakt:

Deutsche Unternehmensinitiative

Energieeffizienz (DENEFF) e.V.

Kirchstraße 21

10557 Berlin

Dr. Tatjana Ruhl

Leitung Dekarbonisierung der Industrie

Telefon: +49 (0)30 36 40 97-01

Mobil: +49 (0) 176 64 11 66 48

tatjana.ruhl@deneff.org

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen der Werkstattgespräche und Workshops zu einer neuen Industriestrategie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Gerne möchten wir Anmerkungen aus Sicht der Energieeffizienzbranche mit Ihnen teilen und stehen im weiteren Verfahren für weitergehende Ausführungen hierzu zur Verfügung.

Zusammenfassung

Die deutsche Industrie steht weiterhin vor großen transformativen Herausforderungen. Zwar wurde eine akute Gasmangellage abgewendet und Unternehmen werden durch Entlastungen unterstützt. Allerdings steht Deutschland vor einem „neuen Normal“ mit voraussichtlich dauerhaft höheren Energiepreisen – auf Grund der geopolitischen Lage, aber auch auf Grund der notwendigen Klimatransformation. Gleichzeitig stellen sich verstärkt Fragen der wirtschaftspolitischen Souveränität – sowohl was Lieferabhängigkeiten angeht als auch betreffend eine Renaissance des wirtschaftlichen Protektionismus in vielen Teilen der Welt.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz beabsichtigt deshalb, eine umfassende Industriestrategie für den Standort Deutschland zu erarbeiten und hat am 26. Januar 2023 bei einer ersten Verbändeausprache („Werkstattgespräch“) eine mögliche Struktur der Strategie vorgestellt. Nach einer Würdigung der spezifischen Herausforderungen der energieintensiven Industrie und kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) sind derzeit vier Fachkapitel vorgesehen: Klimatransformation, Digitalisierung, technologische Souveränität sowie internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Die DENEFF begrüßt ausdrücklich den hohen Stellenwert, der der Klimatransformation der Industrie in der Strategie zugedacht ist. Sie ist einerseits Voraussetzung der Klimaziele, andererseits ermöglichen und vereinfachen moderne Industrieprodukte den Weg zur Klimaneutralität erheblich, gerade auch im Bereich Energieeffizienz bei einem hohen heimische Fertigungsgrad.

In allen großen wissenschaftlichen Szenarien zur Erreichung der Klimaneutralität Deutschlands bis 2045¹ ist eine Halbierung des Gesamtenergieverbrauchs gegenüber 2008 Voraussetzung zur Zielerreichung. Für den Industriesektor haben die Forschenden errechnet, dass er bis 2045 etwa 20 Prozent weniger Energie verbrauchen kann und muss, um das Gesamtziel zu erreichen – absolut, als Endenergieeinsparung, nicht als allein relative Effizienzsteigerung. Trotz stabilen Wirtschaftswachstums, trotz teilweise steigender Strombedarfe in einzelnen Prozessen im Rahmen der Dekarbonisierung (zum Beispiel durch Carbon Capture and Storage (CCS)) und möglichen Verbrauchsteigerungen in einzelnen Unternehmen oder Branchen. Die Durchführung von für das einzelne Unternehmen unwirtschaftlichen Energieeffizienzmaßnahmen ist hier, anders als in anderen Sektoren, nicht notwendig. Um die notwendigen 20 Prozent Energieeinsparung zu realisieren, muss die Industrie gemäß den Studien lediglich alle wirtschaftlichen Energieeffizienzpotenziale wirklich konsequent heben.

Welche Maßnahmen stehen hinter dieser Projektion? Industrieunternehmen müssen zum Erreichen der notwendigen Einsparungen in großer Zahl Querschnittstechnologien austauschen (effizientere Motoren, Pumpen, Druckluft usw.), intelligent steuern und bei der notwendigen Umstellung auf dekarbonisierte Prozesswärme oder Flexibilisierung die dabei jeweils effizienteste mögliche Technologie auswählen. Diese Notwendigkeit ist bei der Ausgestaltung des Policy-Mix durchgehend zu berücksichtigen. Insbesondere eine Subventionierung von Energiepreisen ohne

¹ Z.B. Fraunhofer ISI et al. (2022): [Link](#); BDI (2021): [Link](#); dena (2021): [Link](#); Agora Energiewende (2021) [Link](#); Ariadne (2021): [Link](#)

ausreichende Flankierung kann hier zu Fehlanreizen führen, in der Folge viel Schaden anrichten und das Gesamtziel Klimaneutralität konterkarieren.

Für eine stringente Dekarbonisierungsplanung und -umsetzung, die zu realen Energieeinsparungen führt, bedeutet das für die Industriepolitik:

Wirtschaftliche No-Regret-Maßnahmen jetzt umsetzen

Alle Unternehmen, die bereits ein **Energieaudit** durchgeführt haben oder ein Energiemanagementsystem betreiben, müssen unverzüglich mit der **Umsetzung** der dort empfohlenen wirtschaftlich vorteilhaften Maßnahmen beginnen (Energieeffizienzgesetz, EU-Effizienzrichtlinie).

Klimaschutz muss strategisch werden, Politik muss das anreizen

Jedes einzelne Unternehmen (unabhängig von Größe, Energieverbrauch oder THG-Bilanz) muss ein **individuelles Ziel zum Erreichen der Klimaneutralität** aufstellen – allerspätestens für das Zieljahr 2045 (KlimaschutzG).

Unternehmen mit einem hohen oder komplexen THG-Ausstoß brauchen dezidierte strategische Planung

Besonders betroffene Unternehmen müssen sich strategisch aufstellen und ein **Transformationskonzept** erstellen, das sie zu Netto-null führt. Um Neutralitätsziele sicher zu erreichen und Transformationskonzepte operativ stringent umzusetzen, benötigen Unternehmen ein **Klimamanagementsystem**. Dieses baut auf einem Energiemanagementsystem auf und erweitert dieses insbesondere um regelmäßige THG-Bilanzen und CO₂-Fußabdrücke der Produkte. So wird sichergestellt, dass wirtschaftliche innerbetriebliche und ortsnahe Potenziale identifiziert und genutzt werden. Statt überbordender Berichtspflichten sollten diese auf unternehmensindividuell sinnvolle und nützliche Kennzahlen entsprechen etablierter Normen fokussiert werden.

Es braucht einen Policy-Mix, der gesellschaftliche Akteure klar in die Verantwortung nimmt, sie – wo nötig – unterstützt sowie zuverlässige Rahmenbedingungen für energieeffiziente Investitionen und Betriebsweisen setzt:

Wirksame Preis- und Marktinstrumente

Europäischer und nationaler **Emissionshandel** müssen strategisch weiterentwickelt, Erlöse müssen zur Förderung und Absicherung von Reduktionsmaßnahmen genutzt werden (Hebeleffekt).

Preisfade für CO₂-Preise und Energiesteuern/-abgaben müssen für Unternehmen absehbar und damit planbar sein. Nur so kann Investitionszurückhaltung wirksam begegnet werden.

Notwendige Ausnahmen im Emissionshandel und bei Energiesteuern und -umlagen, die sich nicht durch andere Politiken adressieren lassen, sind unbedingt an die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu knüpfen, insbesondere im Bereich der Energieeffizienz, um die Steuerungswirkung der Preisinstrumente zu erhalten. Das gebietet auch das Beihilferecht.

Die Vergleichbarkeit von **Product Carbon Footprints** muss sichergestellt werden, **produktbezogene Policies** wie Ökodesign und grüne Leitmärkte weiterentwickelt werden.

Angemessenes Ordnungsrecht

Jedes Unternehmen ist für seine Dekarbonisierung selbst verantwortlich. Eine Zielsetzung zur Klimaneutralität und eine zumindest grobe Vorstellung über den Weg dorthin kann und muss jedes Unternehmen leisten. Gesetzlicher Standard sollte jedoch sein:

- **Klimamanagement** (Energiemanagementsystem plus regelmäßige CO₂-Bilanzierung nach bestehenden Normen) für Unternehmen mit einem Energieverbrauch von mehr als 5 GWh/Jahr
- **Umsetzung** wirtschaftlich vorteilhafter Energieeffizienz- und Klimaschutzmaßnahmen aus Audits und Managementsystemen, wenn diese rentabler sind als alternative Investitionsmöglichkeiten (inkl. Härtefallregelung)
- Anforderungen zur Nutzung **unvermeidbarer Abwärme** (Eigennutzung plus Readyness zur Fremdnutzung) bei Mitwirkungspflicht für Betreiber potenzieller Senken im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung.
- **Lokale Verantwortliche** für die Unterstützung von Energieeffizienzmaßnahmen bei Endkunden, dabei Rolle von Energieversorgern (Einsparquote)

Modernes Förderregime

Aufstocken und Absichern bewährter klassischer **Zuschussförderungen** insbesondere für KMU. Dabei Level-Playing-Field für Energieeffizienz- und Erneuerbaren-Förderung und stärkere Abstimmung dieser aufeinander. Bewilligungsverfahren sind deutlich zu verkürzen.

Unbürokratische und schnelle **Superabschreibungen**, dabei Sofortabschreibungen für einfache Maßnahmen.

Carbon Contracts for Difference zur Absicherung komplexer Projekte (hier unbedingt Knüpfung an entsprechende Gegenleistungen: Effizienzkriterium, Dekarbonisierungsfahrplan, Klimamanagement)

Staat als Strukturmotor

Kommunale Wärmeplanung zeitnah einführen, faire Vergütung, Transparenz über Quellen

Netzausbau und Transformation transparent machen und beschleunigen, Demand-Side-Management anreizen

Solide **Fachkräftestrategie**

Bürokratieabbau und Verlässlichkeit im Regulierungsrahmen für die Industrietransformation
